

# Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie für ein soziales Europa

von Thorben Albrecht

Als Europa von Zeus in Gestalt eines Stieres entführt wurde, hatte sie die Zügel nicht in der Hand. Ergeht es der Europäischen Union mit der neoliberalen Globalisierung heute genauso? Ist sie auf den Stier gestiegen, ohne zu ahnen, dass er sie von ihren heimischen Gestaden wegführen wird und sie Alles hinter sich lassen muss, was ihr lieb und teuer war?

Der europakritische Diskurs, auch bei Teilen der politischen Linken, sieht in der europäischen Integration eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung mit anderen Mitteln und das Ende des europäischen Sozialmodells. Übersehen wird dabei, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten im globalisierten Wettbewerb stark eingeschränkt sind und ein protektionistischer Rückzug ins Nationale für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland – wenn überhaupt – nur mit sehr hohen Wohlstandsverlusten erkaufte werden könnte. Soll das europäische Modell sozial verfasster Staaten und eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie in einer sich wandelnden Welt gewahrt bleiben, bietet ein europäischer Ansatz die einzige reale Möglichkeit.

Die Frage, ob die europäische Integration die neoliberale Globalisierung zwangsläufig forciert oder im Gegenteil die Möglichkeit bietet, politischen Gestaltungsraum unter den Bedingungen einer globalisierten Ökonomie (zurück) zu gewinnen, bleibt also eine rhetorische. Eine andere Frage stellt sich dagegen ganz real: Werden die Gestaltungsmöglichkeiten, die die europäische Integration potenziell eröffnet, genutzt? Und wenn dies nicht oder nur unzureichend getan wird, welche Schritte sind nötig, damit Europa die Zügel selbst in die Hand nimmt und die richtige Richtung einschlägt?

Das Jahr 2004 ist dabei ein Jahr, in dem mit der Wahl des Europaparlaments, mit der Einsetzung einer neuen Kommission und möglicherweise der Verabschiedung einer Verfassung wichtige Richtungsentscheidungen anstehen. Gleichzeitig wird mit der Erweiterung der Union das Gewicht der EU in der Welt (Wirtschaft) zunehmen. Eine koordinierte Politik wird damit gleichzeitig schwie-

riger und notwendiger. Für die Linke stellt sich die Frage, welche strategischen Projekte in Europa verfolgt werden müssen, wenn das europäische Sozialmodell gestärkt werden soll. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Gewinninteressen von Aktionären, muss sich das Soziale Europa zum Ziel setzen

das heißt den Erhalt, die Anpassung und den Ausbau des europäischen Sozialmodells. Dafür ist nicht eine europäisierte Sozialpolitik im Sinne einer europäischen Sozialversicherung nötig, sondern eine Politik für Innovation und Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Eine Politik also, die nicht auf Unterbietungskonkurrenz im globalen Wettbewerb setzt, sondern auf eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie und regulierte Märkte.

## Eine Verfassung für Europa

Diese grundlegende Orientierung der europäischen Staaten auf einen „europäischen Weg“ wird auch durch die Europäische Verfassung symbolisiert. Eine Verfassung stärkt die Selbstbindung an die europäische Integration und schafft die Grundlagen für weitere Integrationschritte. Ein Scheitern des Verfassungsprojektes dagegen würde eine Integrationskrise zur Folge haben. Eine Rückentwicklung der Union in Richtung einer Freihandelszone und eine Stagnation regulativer Elemente stünde am Horizont. Der Konvententwurf für eine Verfassung ist daher trotz seines Kompromißcharakters ein Fortschritt gegenüber der Post-Nizza-Situation. Bei aller berechtigten Kritik an einzelnen Formulierungen weist der Verfassungsentwurf mit der Charta der Grundrechte und seiner Definition der Werte und Ziele der Union in die richtige Richtung. Im Verfassungsentwurf wird mit dem Satz, dass die Union eine Gesellschaft anstrebt, „in der To-

leranz, Gerechtigkeit und Solidarität herrschen“, der Grundstein gelegt, das Sozialstaatsprinzip in den Zielen der Union zu verankern. Leider wird der Entwurf diesem mit dem Begriff „einer im hohen Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ nicht vollständig gerecht. Dennoch ist diese Zielbestimmungen ein wichtiges Korrektiv zur einseitigen Ausrichtung der EU auf den

nicht qualitativ definierten „Wettbewerb“, wie sie bisher in den Verträgen angelegt ist. Ein Erfolg der Linken ist auch die Aufnahme des Zieles der Vollbeschäftigung. Ebenfalls positiv ist es zu bewerten, dass eine „nachhaltigen Entwicklung“ auf Grundlage eines aus-

gewogenen Wirtschaftswachstums und sozialer Gerechtigkeit“ im Zielkatalog der Union genannt wird.

Ähnlich wie die Charta der Grundrechte bieten diese Zieldefinitionen die Chance, aber noch nicht die Gewissheit für Verbesserungen in der Politik der Union. Es wird sich zeigen, inwieweit die genannten Punkte Einfluss auf die praktische Politik der Union, die Rechtsprechung des EuGH und zukünftige Vertragsrevisionen in Bezug auf die einzelnen Politikbereiche der EU haben werden.

## Die Charta der Grundrechte

Eine wesentliche Forderung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie an den Konvent bildete die Verankerung der Charta der Grundrechte in der Verfassung. Diese Charta, die 1999 bis 2000 ebenfalls nach der Konventmethode unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog erarbeitet wurde, enthält neben Freiheits- und Gleichheitsrechten auch soziale Grundrechte. Dazu gehören u.a. das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung, sowie das Recht, Tarifverträge auszuhandeln und bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen. Weitere soziale

Soll das europäische Modell sozial verfasster Staaten in einer sich wandelnden Welt gewahrt bleiben, bietet ein europäischer Ansatz die einzige reale Möglichkeit.

Thorben Albrecht, geb. 1970, ist Europareferent beim DGB-Bundesvorstand und Mitglied der spw-Redaktion, Berlin

Grundrechte umfassen gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung, Anspruch auf Elternurlaub, das Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung, den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Das Recht auf Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ist ein weiterer wesentlicher Fortschritt, der durch die Aufnahme der Charta der Grundrechte in den Verfassungsentwurf erreicht wurde. Nicht zuletzt wegen der sozialen Grundrechte war die Charta am 7. Dezember 2000 in Nizza zwar „feierlich proklamiert“, aber nicht in die Verträge aufgenommen worden.

Dass die Charta nun schließlich als zweiter Teil der Verfassung – und nicht wie zwischenzeitlich diskutiert als angehängtes Protokoll – aufgenommen wurde, ist eine wichtige Entscheidung im Sinne des Sozialen Europa.

### Eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung

Was der Verfassungsentwurf nicht leistet, ist die notwendigen Elemente einer Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu verankern. In diesem Bereich werden die in den bestehenden Verträgen vorhandenen Ansätze weder verstärkt, noch werden die offensichtlichen Defizite und falschen Weichenstellungen korrigiert. Dabei ist sonnenklar, dass vier Jahre nach Verabschiedung der sogenannten Lissabon-Strategie die damals vereinbarten Ziele weder mit den Instrumenten der EU, noch mit der Politik der Mitgliedstaaten erreicht werden. Von dem ehrgeizigen Ziel, die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen und „ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“ zu erreichen, sind wir weit entfernt. Alle wissen, dass es nicht gelingen wird, die Beschäftigungsrate bis 2010 auf 70%

(Zwischenziel 2005: 67%), die Frauenbeschäftigung auf über 60% (2005: 57%) und die Beschäftigungsrate für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 50% zu steigern. Aber nur Wenige thematisieren, dass dafür vor allem ein anderes Ziel von Lissabon realisiert werden muss, nämlich ein stetiges und nachhaltiges Wachstum von durchschnittlich 3% pro Jahr. Diskutiert werden „zu teure“ Sozialsysteme und „zu hohe“ Haushaltsdefizite, nicht aber die seit Jahren offensichtlichen Wachstumsdefizite.

Die wichtigste Aufgabe der Europäischen Union ist es daher, nach Einführung der Währungsunion ihr wirtschaftliches und soziales Potenzial voll auszuschöpfen und mittelfristig zu erhöhen. Vollbeschäftigung kann erreicht werden durch einen innovations- und beschäftigungsorientierten Policy-Mix, bei dem Beschäftigungspolitik nicht auf Arbeitsmarktpolitik reduziert werden darf (siehe Artikel von Sebastian Jobelius in diesem Heft).

### Innovation

Dabei müssen die Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt zur Kenntnis genommen werden, die neue Herausforderungen an die Politik in Europa stellen. Auf dem Weg zu einer wissensbasierten Dienstleistungs- und Produktionsgesellschaft sind wir mit neuen Innovationsanforderungen konfrontiert, aber auch mit neuen Arbeitsformen, sowie mit neuen, zunehmend differenteren und zum Teil prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Wenn Europa einen erfolgreichen Weg der Produktivitätssteigerung durch neue und hochwertige Güter, Dienstleistungen und

Produktionsformen verfolgen und gleichzeitig sein Sozialmodell ausbauen soll, muss bei einer solchen Innovationspolitik der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei lohnt sich bei der Suche nach europäischen Best Practices ein Blick auf die Erfolgsgeschichte Schwedens und Finnlands. Mindestens vier Faktoren werden hierbei deutlich. Erstens muss eine Innovationsstrategie langfristig angelegt sein. Die Investitionen der 80er und 90er Jahre realisieren sich heute. Dies liegt vor allem daran, dass zweitens vorrangig und dauerhaft in Wissenschaft und Bildung investiert werden muss und hier der wirtschaftliche Nutzen nicht sofort eintritt. Wesentlich ist bei diesen Investitionen,

Produktionsformen verfolgen und gleichzeitig sein Sozialmodell ausbauen soll, muss bei einer solchen Innovationspolitik der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei lohnt sich bei der Suche nach europäischen Best Practices ein Blick auf die Erfolgsgeschichte Schwedens und Finnlands. Mindestens vier Faktoren werden hierbei deutlich. Erstens muss eine Innovationsstrategie langfristig angelegt sein. Die Investitionen der 80er und 90er Jahre realisieren sich heute. Dies liegt vor allem daran, dass zweitens vorrangig und dauerhaft in Wissenschaft und Bildung investiert werden muss und hier der wirtschaftliche Nutzen nicht sofort eintritt. Wesentlich ist bei diesen Investitionen,

Produktionsformen verfolgen und gleichzeitig sein Sozialmodell ausbauen soll, muss bei einer solchen Innovationspolitik der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei lohnt sich bei der Suche nach europäischen Best Practices ein Blick auf die Erfolgsgeschichte Schwedens und Finnlands. Mindestens vier Faktoren werden hierbei deutlich. Erstens muss eine Innovationsstrategie langfristig angelegt sein. Die Investitionen der 80er und 90er Jahre realisieren sich heute. Dies liegt vor allem daran, dass zweitens vorrangig und dauerhaft in Wissenschaft und Bildung investiert werden muss und hier der wirtschaftliche Nutzen nicht sofort eintritt. Wesentlich ist bei diesen Investitionen,

Produktionsformen verfolgen und gleichzeitig sein Sozialmodell ausbauen soll, muss bei einer solchen Innovationspolitik der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei lohnt sich bei der Suche nach europäischen Best Practices ein Blick auf die Erfolgsgeschichte Schwedens und Finnlands. Mindestens vier Faktoren werden hierbei deutlich. Erstens muss eine Innovationsstrategie langfristig angelegt sein. Die Investitionen der 80er und 90er Jahre realisieren sich heute. Dies liegt vor allem daran, dass zweitens vorrangig und dauerhaft in Wissenschaft und Bildung investiert werden muss und hier der wirtschaftliche Nutzen nicht sofort eintritt. Wesentlich ist bei diesen Investitionen,

Produktionsformen verfolgen und gleichzeitig sein Sozialmodell ausbauen soll, muss bei einer solchen Innovationspolitik der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei lohnt sich bei der Suche nach europäischen Best Practices ein Blick auf die Erfolgsgeschichte Schwedens und Finnlands. Mindestens vier Faktoren werden hierbei deutlich. Erstens muss eine Innovationsstrategie langfristig angelegt sein. Die Investitionen der 80er und 90er Jahre realisieren sich heute. Dies liegt vor allem daran, dass zweitens vorrangig und dauerhaft in Wissenschaft und Bildung investiert werden muss und hier der wirtschaftliche Nutzen nicht sofort eintritt. Wesentlich ist bei diesen Investitionen, dass Bildungsausgaben nicht nur im Spitzenbereich erfolgen, damit nicht nur Forschung und Entwicklung gestärkt werden, sondern auch die Produktion innovativer Güter im Land verbleibt. Drittens zeigen die Beispiele der nordischen Länder, dass ein innovationsfreundliches Umfeld mit funktionierenden sozialpartnerschaftlichen Beziehungen und modernen, auch an Arbeitnehmerinteressen orientierten Arbeitsformen ein wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Strategie bildet – ein Aspekt, den die nordischen Kolleginnen und Kollegen unter dem Stichwort „soziale Innovation“ in die Debatte einbringen. Schließlich sind in den nordischen Staaten Sozialstaatsreformen mit Augenmaß und in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase vorgenommen worden. Das bedeutet nicht, dass es keine Einschnitte gegeben habe, aber der politische und gesellschaftliche Konsens, dass die Sicherheit des Sozialsystems nicht im Grundsatz in Frage gestellt wird, hat viel zu einer positiven und konstruktiven Einstellung beigetragen. Demgegenüber konstatiert Gerhard Bosch für Deutschland zu Recht: „Das größte Innovationshemmnis ist die Standortdiskussion“ (Zitat und Bewertung Schweden, Finnland siehe Gerhard Bosch: Innovationspolitik: Von Nachbarn lernen. WSI Mitteilungen 2/2004, S. 62).

### Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie

Eine Dumpingstrategie in Bezug auf Steuern, soziale Sicherheit und Löhne kann Europa nur verlieren. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ukraine oder Chinas unterbieten zu wollen, ist nicht nur sozial untragbar, sondern auch ökonomisch wahnsinnig. Die Wettbewerbsstrategie der europäischen Volkswirtschaft(en) auf dem globalen Markt muss daher im Gegenteil auf

Europa muss die „high road“ reiten und darf sich nicht vom globalen Wettbewerb in einen Unterbietungswettbewerb entführen lassen.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

hoher Produktivität, hoher Qualität, hohen Standards und hohen Löhnen beruhen. Hohe Löhne bedeuten dabei nicht, inflationstreibende Lohnerhöhungen, sondern eine an Produktivitätsfortschritten und Sicherung der Binnennachfrage orientierte Lohnentwicklung, ausgehend vom bestehenden, im globalen Maßstab hohen Niveau. Europa muss also die „high road“ reiten und darf sich nicht vom globalen Wettbewerb in einen Unterbietungswettbewerb entführen lassen.

Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie darf daher im europäischen Binnenmarkt nicht ausschließlich auf Marktliberalisierung setzen. Aber genau dies wird aktuell durch die Europäische Kommission forciert. In den Überlegungen der Kommission zur Binnenmarktstrategie für 2003 bis 2006 wird das politische Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Stärkung der sozialen Kohäsion völlig ausgeblendet. Der Binnenmarktstrategie fehlt die soziale Dimension und der notwendige makroökonomische Rahmen für Wachstum im Binnenmarkt wird ignoriert.

Die optimale Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes kann einer wachstumsorientierten Politik dienen. Allerdings müssen dafür die europäischen Instrumente (Binnenmarktstrategie, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, beschäftigungspolitischen Leitlinien) ineinander greifen und den Zielen der Lissabon-Strategie verpflichtet sein. Dabei muss die Wettbewerbsfähigkeit zu mehr und besseren Arbeitsplätzen, einem größeren sozialen Zusammenhalt und nachhaltiger Entwicklung beitragen.

Die Strategie für den europäischen Binnenmarkt versucht, Wachstumserfolge nahezu ausschließlich durch Maßnahmen der Liberalisierung der Märkte zu erzielen. Indessen wurde bereits wiederholt gezeigt, dass die Wachstums- und Beschäftigungseffekte nicht annähernd in jenem Ausmaß eingetreten sind, das die Kommission zunächst prophezeit hat. Der Grund dafür sind weniger Defizite bei der Umsetzung einzelner Harmonisierungsvorhaben, sondern der Mangel an einer flankierenden wachstums- und beschäftigungsorientierten makro-ökonomischen Politik. Auch bei einer vollständigen Umsetzung der Binnenmarktstrategie werden Wachstumserfolge ausbleiben, solange das Vertrauen der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher erschüttert ist und wirtschaftsstimulierende Ausgaben unterbleiben.

Im Mittelpunkt der Strategie für den europäischen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen sollte daher die Harmonisierung des Schutzes für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt durch die Festlegung von europäischen Mindeststandards stehen. Die Alternative wäre ein „Regime-Shopping“ europäischer Unternehmen hin zu den jeweils schwächsten Schutzniveaus, das zu Arbeits-

platzverlusten und einer Verschlechterung der Qualitätsstandards für die Verbraucher führt und damit mit einer qualitätsorientierten Wettbewerbsstrategie nicht kompatibel ist.

### Die Währungsunion muss eine Wachstumsunion werden

Die Währungsunion bietet den beteiligten Staaten große Chancen, eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie zu verwirklichen, die bislang ungenutzt geblieben sind. Im Gegenteil, gerade der Stabilitätspakt hat eine Begründung für den Abbau sozialer Sicherheit geliefert und damit zu einem wenig innovationsfreundlichem Umfeld beigetragen. Darüber hinaus haben die Wirkungen des Paktes und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) seit dem Einsetzen der Konjunkturlaute Ende des Jahres 2000 Wachstumsimpulse verhindert.

In der jetzigen, nicht nur für die beiden großen Volkswirtschaften Europas – Deutschland und Frankreich – besonders prekären wirtschaftlichen Situation, muss die EZB die geldpolitischen Zügel schneller lockern, um der Wirtschaft größere Investitionsspielräume zu eröffnen und um den Verfall des US-Dollar zu stoppen, damit die Exportchancen der europäischen Industrie nicht weiter eingeschränkt werden.

Eine aktive Geld- und Währungspolitik ist vor dem Hintergrund niedriger Inflationsraten auch aufgrund von stabilitätsgerechten Entgeltabschlüssen der Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht nur möglich, sondern angebracht. Eine Erneuerung der Geldpolitik setzt natürlich voraus, dass die EZB ihre Geldpolitik klar expansiv ausrichtet. Die Realzinsen – ein entscheidender Faktor bei Investitionsentscheidungen – sind in Europa im Vergleich zu den USA zu hoch.

Darüber hinaus ist eine Verbesserung des europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes (SWP) dringend erforderlich. Der SWP entwickelte sich in den letzten drei Jahren zur zentralen Wachstums- und Beschäftigungsbremse in Europa. Der Pakt nimmt der nationalen Finanzpolitik durch das Kriterium des jährlichen Haushaltsdefizits – das derzeit das einzige Kriterium ist, das Sanktionen nach sich ziehen kann – in Krisenperioden den notwendigen Handlungsspielraum zur Überwindung dieser Situation.

Die pro-zyklische Sparpolitik drückt das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und somit die Steuer- und Beitragseinnahmen und löst in der Folge Einbrüche bei den öffentlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur aus. Ein verbesserter SWP sollte verschiedene konjunkturelle Phasen unterscheiden. Ein Abbau der Verschuldung, der grundsätzlich notwendig ist, sollte in stabilen Aufschwungphasen erfolgen. Umgekehrt muss in Abschwungphasen eine höhere Neuverschuldung hingenommen werden,

www.sozialismus.de



Bernd Riexinger: Perspektiven des Protestes gegen Sozialabbau; Redaktion Sozialismus: Politische Bewegungstherapie Die Agenda 2010 und die Perspektiven für 2004; Gine Elsner/Gerhard Stuby: Arzt & Angestelltenversicherung – Plädoyer für den Einbezug der Freien Berufe in die Gesetzliche Rentenversicherung

Klemens Himpele: Ein Bildungsangebot, aber in der Ausstattung rot, grün, gelb, oder schwarz; Kay Beiderwieden: »Lehr-geld« – Investitionen in das eigene Arbeitsvermögen; Klaus Bullan: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert oder zurück? Bildung in Deutschland 2003

Michael Wendt: Brüning light Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst

Tony Platt: Wieder eine Sache von Zucht und Mildtätigkeit. Geschichte und Gegenwart der Wohlfahrt in den USA; »Wir müssen mit dem Freihandel brechen!« Interview mit Arturo Huerta González (Mexiko); John P. Neelsen: Ökonomismus pur. Vom »Sozialismus chinesischer Prägung; Redaktion Sozialismus: Die Mauer. Keine Aussichten auf Frieden in Nahost

Stefan Zenklusen: Die Einsamen und der Twist. Zu bisher unveröffentlichten Essays Pierre Bourdieus; Antje Trosien: »Lilja 4-ever« (Filmkritik)

Supplement: Karl Mai/Klaus Steinitz Ostdeutschland auf der Kippe Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-  
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Fax 040/280 505 68  
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

damit die öffentlichen Haushalte atmen können. Außerdem müssen öffentliche Investitionen in die Infrastruktur – einschließlich Bildung und Qualifizierung sowie Forschung und Entwicklung – bei der Bestimmung des Defizits besonders gewertet werden.

Zudem muss Europa in der Steuerpolitik endlich vorankommen. Ein Steuersenkungswettbewerb ist mit einer qualitätsorientierten Wettbewerbsstrategie nicht vereinbar. Wenn hier Fortschritte in der Gesamt-EU nicht möglich sind, sollte über eine Harmonisierung in der Euro-Zone nachgedacht werden, wie es die Spinelli-Gruppe fordert (Vorschlag der Spinelli-Gruppe für ein Programm der SPE für eine wirtschaftliche und soziale Regierungsführung. Die Spinelli-Gruppe umfasst Europaabgeordnete der SPE-Fraktion). Eine koordinierte Wirtschaftspolitik ist notwendig

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion hat die Koordination der verschiedenen wirtschaftspolitischen Akteure (Regierungen, EZB, Sozialpartner) und relevanten Politikbereiche (Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) wegen der Verteilung von

Verantwortung auf die beiden Ebenen, EU und Mitgliedsstaaten, erheblich an Bedeutung gewonnen.

Daher muss zum einen der makroökonomische Dialog dringend aufgewertet werden. Er ist das einzige Gremium, das alle wirtschafts- und beschäftigungspolitisch verantwortlichen Akteure – außer dem EP – an einen Tisch bringt mit dem Ziel eines offenen Dialoges darüber, wie ein spannungsfreier wachstums- und beschäftigungsfördernder Policy-Mix in der EU am besten erreicht werden kann (siehe auch Artikel von Sebastian Jobelius in diesem Heft). Zum anderen muss die Zusammenarbeit der verschiedenen Ratsformationen intensiviert werden. Insbesondere eine engere Verzahnung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister mit dem Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz wäre hier erforderlich. Eine solche verbesserte Koordination würde die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten und das geltende Subsidiaritätsprinzip nicht berühren. Vielmehr würde dadurch erreicht, dass divergierende nationale Politiken stärker auf die gemein-

samen Ziele von Lissabon ausgerichtet würden.

Dabei müssen sich die europäischen Regierungen allerdings an den europäischen Zielen messen lassen. Gemeinsame Anstrengungen in bestimmten Bereichen, können eine höhere Wirkung entfalten, als isolierte nationalstaatliche Maßnahmen. Ein Beispiel ist das beim Europäischen Rat von Barcelona vereinbarte Ziel, wonach jährlich 3% des BIP jedes Mitgliedsstaates in Forschung und Entwicklung investiert werden sollen. Dieses Ziel wird aber nicht allein durch Aufforderungen an die Wirtschaft, ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erhöhen, erreicht werden. Auch die öffentlichen Ausgaben müssen in diesem Bereich angehoben werden. Um Europa auf die „high road“ einer qualitätsorientierten Wettbewerbsstrategie zu führen und damit das soziale Europa zu sichern, muss das Thema Innovation ernsthaft, mit einem umfassenden Ansatz und langem Atem angegangen werden. Dabei kann mehr erreicht werden, wenn ein koordiniertes Vorgehen in Europa vereinbart und umgesetzt wird. Die europäische Chance muss genutzt werden.

spw 2 / 2004

## Aus dem Takt: Europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Von Sebastian Jobelius

In den 1990er Jahren wurden schrittweise wirtschaftspolitische Kompetenzen ganz oder teilweise auf die europäische Ebene verlagert. Dies betrifft insbesondere die Außenhandelspolitik, die Wettbewerbs- und Beihilfepolitik und die Währungspolitik, sofern die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) beigetreten sind. Die verteilten Zuständigkeiten in wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik machen eine funktionierende wirtschaftspolitische Koordination unter allen Beteiligten erforderlich.

Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Koordination in der EU waren die sogenannten Grundzüge der Wirtschaftspolitik (BEPG), die seit 1993 jährlich durch den Rat der Europäischen Finanzminister (ECOFIN) beschlossen werden. Weiterentwickelt wurden die BEPGs durch speziellere Verfahren, die mit ihnen in Einklang stehen sollen. Dazu zählen der Sta-

bilitäts- und Wachstumspakt zur Steuerung der Haushaltspolitik, die beschäftigungspolitischen Leitlinien für den Arbeitsmarkt (Luxemburg-Prozess), der Cardiff Prozess zur Reform der Waren- und Kapitalmärkte und schließlich der Makroökonomische Dialog (Köln-Prozess). Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat dabei den verbindlichsten Charakter, da er im Unterschied zu den anderen genannten Koordinierungsprozessen konkrete Sanktionen vorsieht. Auf dem Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs wurden diese und andere Prozesse im Rahmen der Lissabon-Strategie auf eine gemeinsame Plattform gestellt. Ziel der Europäischen Union ist es demnach, bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Durch die Verlagerung der Außenhandels- und Geldpolitik auf die europäische Ebene

und die gegenseitigen Verpflichtungen im Bereich der Fiskalpolitik verfügt kein Staat in Europa mehr über die alleinige Möglichkeit, die wichtigsten makroökonomischen Parameter alleine zu bestimmen. Statt dessen werden die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung von einer Vielzahl von Akteuren auf europäischer und nationaler Ebene beeinflusst. Fraglich sind dabei zwei Dinge: Zum einen, ob das Zusammenspiel der verschiedenen Regulierungsinstrumente und -ebenen dem Grad der wirtschaftlichen Verflechtung in Europa angemessen ist. Zum anderen, ob die zur Verfügung stehenden Instrumente so eingesetzt werden, dass sie tatsächlich zur Schaffung von mehr Beschäftigung in Europa beitragen.

Wie viel Koordination ist möglich und nötig? Auch wenn die Notwendigkeit verstärkter wirtschaftspolitischer Koordination in der EU offensichtlich ist, sind Ausmaß und Mittel der Koordination nur schwer zu bestimmen. Ausgehend von der gemeinsamen Währung rücken bei der Betrachtung zunächst die geldpolitischen Interdependenzen in den

Sebastian Jobelius (1976), ist Doktorand an der Graduate School of Social Science (GSSS) der Universität Bremen